

HOFFNUNG AUF EINE BESSERE ZUKUNFT

Israel und Palästina im Friedensprozeß

Ari Rath

Wenn israelische Eltern von ihren Kindern oder Enkelkindern sprechen, dann heißt es zum Beispiel: Unser ältester Sohn ist kurz nach dem 48er Unabhängigkeitskrieg geboren; der zweite kam nach dem Sinai-Krieg; das erste Enkelkind wurde während des Sechstage-Kriegs geboren; und so geht es in einem fort. Unser Leben war jahrzehntelang derart von Gefahren und Kriegen zerrissen, daß die tiefe Hoffnung und der tiefe Wille zum Frieden in Israel unbedingt bestehen. Ich stelle diese Aussagen an den Anfang, da man wohl nur durch solche kleinen Beschreibungen die Veränderungen der letzten Wochen und Monate und die damit verbundenen Hoffnungen verstehen kann.

Israel besaß fünfzehn Jahre lang, von 1977 an, eine rechtsnationale, konservative Regierung, bis dann die Arbeiterpartei 1992 an die Macht kam und eine politische Wende einleitete. Die Arbeiterpartei Israels war immer die „Staatsgründungspartei“, aber wenn man zu viele Jahre an der Regierung ist, dann ist es immer gut, sich wieder ein wenig in der Opposition zu regenerieren. Macht, zu lang andauernde Macht vor allem, verdirbt. Das ist in sämtlichen politischen Systemen der Fall. Nachdem die große Koalition der rechten Parteien Anfang 1990 über den Friedensverhandlungen und der Fortsetzung des Friedensprozesses zerbrach, den der damalige israelische Ministerpräsident der rechtskonservativ-nationalen Likud-Partei, Herr Schamir, nicht ernsthaft genug verfolgte, war es dann bei den* letzten Wahlen im Juni '92 möglich, einen klaren Unterschied zwischen den beiden wichtigen Lagern in Israel zu definieren. Hätte sich die große Koalition bis zu den Wahlen gehalten, so wäre Rabin in der Funktion als Verteidigungsminister von Schamir wenig erfolgreich in seinen Bemühungen um Friedensverhandlungen gewesen. Daher waren diese zwei Jahre von 1990 bis 1992 nicht nur politisch, sondern auch psychologisch ausschlaggebend; die Argumente der früheren rechtsnationalen Regierung, die auch im Zuge von Friedensüberlegungen stets den Verbleib Israels in den besetzten Gebieten als historischen Teil des biblischen Landes forderte, konnten während dieser Zeit aufge- weicht werden.

Vor ungefähr zwei Monaten kam es nun fast über Nacht zu einem Bruch mit einer ganzen Reihe politischer wie menschlicher Tabus. Diese Ereignisse haben Gemeinsamkeiten mit denen, die im Zuge des Mauerfalls in Deutschland eine Rolle spielten: mit einem Mal verschwand ein bestimmtes Feindbild oder löste sich zumindest zum Teil auf. Israel ist weiterhin von einer starken arabischen Welt umgeben, und buchstäblich von einem Tag auf den andern mußten sich die Menschen - Israelis wie Palästinenser - völlig anders zueinander verhalten. Dabei muß man in Betracht ziehen, daß wir noch bis vor einem Jahr ein Gesetz hatten, das jeglichen Kontakt zu Vertretern der PLO außer im Rahmen irgendeiner Pressekonferenz oder eines akademischen Seminars mit Strafe belegte. Ebi Nathan zum Beispiel, einer unserer bekannten Friedensaktivisten, der jahrelang eine eigene Radiostation - den Piratensender „Voice of peace“ - auf einem Schiff einige Kilometer vor der israelischen Küste unterhielt, wurde zweimal zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt, da er einmal vor zweieinhalb und dann vor eineinhalb Jahren in Tunis war, um mit Arafat über die Möglichkeit einer gegenseitigen Anerkennung zu sprechen. Es ist kaum ein Jahr her, daß Ebi Nathan begnadigt wurde. So schlimm standen die Dinge.

Und jetzt, über Nacht, finden jede Woche Verhandlungen mit Vertretern der israelischen Regierung, des israelischen Militärs und der PLO in Taba statt, einer kleinen Halbinsel südlich von Eilat im Roten Meer. Da verhandeln israelische Spitzengeneräle, zwar in Zivil, mit wichtigen Funktionären der PLO wie der militärischen PLO-Organisation Fatah; und wie wir alle wissen, gehören zu diesem Kreis auch Leute, die sich nicht immer nur mit politischen Fragen befaßt haben, was sicherlich noch ein Understatement ist. Und doch haben sich die beiden Delegationen von Anfang an auch auf persönlicher Ebene gut verstanden. Wir erhalten jetzt jeden Tag Nachrichten, die besagen, daß eine palästinensische Polizeitruppe gebildet wird, um den Gaza-Streifen zu kontrollieren. Die PLO befürchtet in diesem Zusammenhang zurecht, daß solch eine palästinensische Polizei zum Auffanglager für fanatische islamische Fundamentalisten von Hamas, Hisbollah oder Dschihad werden könnte. Daher besteht jetzt eine enge Zusammenarbeit zwischen den Palästinensern und den israelischen Geheimdiensten, die sich bis vor kurzem noch aufs schärfste bekämpft haben, um gemeinsam die Gefährdung der soeben begonnenen Koexistenz durch friedensfeindliche Palästinenser zu verhindern.

In jüngster Zeit kam es zu heftigen Massendemonstrationen seitens jüdischer Siedler im Westjordanland, die alles daran setzten, um der Rabin-Regierung die Verwirklichung des Friedensabkommens zu verwehren. Auf der anderen Seite erklären gut trainierte Gruppen der Hamas ganz offen, daß sie sämtlichen israelischen Soldaten, die sich noch im Westjordanland aufhalten, ein Blutbad bereiten werden. Neulich wurde bereits ein Israeli in der West-Bank von der Hamas lebendig in seinem Auto

verbrannt. Jetzt müssen wir uns mit dem Problem dieser unheiligen Allianz der Friedensfeinde auf beiden Seiten auseinandersetzen. Zu den großen Änderungen der Geschichte gehört aber, daß dieselben Führer der PLO, die bis vor kurzem nicht nur das Feindbild, nein, das Erzfeindbild Israels abgaben und dieselben israelischen Generäle und Politiker - bis dato das Erzfeindbild der PLO - auf einmal eine gemeinsame Sprache sprechen. Eine andere Parallele zur Situation in Deutschland besteht in der Tatsache, daß die Probleme, die jetzt gelöst werden müssen, erst wirklich beginnen. Die rechtsnationale Likud-Partei, die fünfzehn Jahre an der Macht war, hat ihre Einstellung und Grundpolitik bis heute offiziell nicht revidiert. Das bedeutet: das ganze Land Israel soll unter israelischer wenn nicht Herrschaft, so doch Kontrolle bleiben und: ein palästinensischer Staat darf nie ins Leben gerufen werden. Die Begründung lautet, Israel habe bereits bei Staatsgründung vor beinahe fünfzig Jahren einen großen Verzicht geleistet, indem es vom östlichen Teil Palästinas oder Transjordanien, wie es bei den Engländern hieß, absah. Historisch stimmt das, denn das Mandat, welches Großbritannien nach dem ersten Weltkrieg vom Völkerbund erhielt, um in einem Teil dieses Gebietes auch eine jüdische Heimat zu errichten, umfaßte von Anfang an das heutige Israel inklusive der besetzten Gebiete. Kurz nach der Übernahme Palästinas durch die Engländer im Jahre 1921, besuchte der Minister für die Kolonien, ein junger Politiker namens Winston Churchill, das Gebiet mit der Absicht, Palästina von Transjordanien zu teilen. Damals schon wurde der Großvater des jetzigen jordanischen Königs Hussein, Emir Abdallah, beauftragt, die Herrschaft über Transjordanien zu übernehmen. Es handelte sich dabei um denselben Emir Abdallah, der als König Abdallah leider vor einundvierzig Jahren bei einem Freiheitsgebet in der Al Aksa Moschee in Jerusalem ermordet wurde, da er schon damals den Beginn eines Friedensdialogs mit Israel wagte. Und jetzt proklamiert die Rechtspartei: Wir haben auf zwei Drittel unseres Landes verzichtet; wir sind ein kleines Land; was will man von uns?

Die Araber besitzen rund zwanzig unabhängige Staaten. Zugegeben: in der Politik wie im Leben gibt es Situationen, die formell stimmen, in denen man vielleicht recht hat. Aber recht haben allein genügt nicht, eine friedliche Nachbarschaft und Koexistenz zu schaffen. Die erste Reaktion der Rechtsparteien - es gibt außer dem Likud zwei Parteien, die noch extremer angesiedelt sind - war ganz simpel: Wir regen uns nicht auf; wenn wir wieder an der Macht sein werden, erkennen wir dieses Abkommen einfach nicht an. Zum Glück wandten sich sofort etliche vernünftige Politiker des Likud, unter ihnen auch der Sohn des ehemaligen Parteiführers Begin, gegen diese extreme Aussage. Eine Regierung ist immer verantwortlich für alles, wozu sich die vorige Regierung im Namen des Landes, des Staates verpflichtet hat. Nach kurzer Zeit verschwanden diese Argumente dann in der Hitze der Diskussionen. Auch im Likud tauchten neue Stimmen auf, die deutlich vertraten, daß es in dieser prekären Lage nicht ausreicht, zu allem einfach „nein“ zu sagen, vor allem, da ein erheblicher Teil der eigenen Wähler diesen wichtigen Schritt grundsätzlich gutheißt. Die Mehrheit der Israelis hat genug von einem Krieg, der mit allen Auseinandersetzungen nun beinahe hundert Jahre währt. Was hat es für einen Zweck, das biblische Recht zu bewahren, wenn sich in palästinensisch-arabische Städte wie Nablus, Hebron oder Ramallah im biblischen Judaä und Samaria im Westjordanland, seit Beginn der Intifada nun bald sechs Jahre niemand mehr hintraut.

Ich gehöre zu den wenigen Israelis, die in den ganzen Jahren der Intifada immer auch nach Ostjerusalem gegangen sind, denn ich weiß nicht, welchen Zweck es haben soll, ständig von der Bewahrung eines vereinten Jerusalem zu sprechen, ohne sich mit den Arabern dort genügend auseinanderzusetzen. Wenn man am Damaskustor vorbeigeht, befindet man sich in einer anderen Welt; man könnte auch in Beirut sein oder in Kairo. Das ist kein Zufall. Wir wissen, daß politische Macht auch öfter gleichschalten kann; der ehemalige Bürgermeister von Jerusalem, Teddy Kollek, hat sich absichtsvoll und gezielt bemüht, die rein arabischen und palästinensischen Stadtteile Ostjerusalems im selben Stil zu entwickeln. Von Anfang an wurde das jordanische Sprach- und Kulturgut in den Schulen bewahrt, da man davon ausging, daß viele Schüler von der Volksschule ins Gymnasium wechseln und schließlich studieren wollen, meist wahrscheinlich in arabischen Staaten, wobei ihnen ein israelisches Abitur nicht viel nützen wird. In all diesen Jahren haben wir versucht, eine bestimmte De-Facto-Koexistenz zu bewahren. Aber welchen Zweck hat es, gegen den Willen von bald zwei Millionen Palästinensern im Westjordanland und im Gaza-Streifen zu herrschen? Das ist in unserem modernen Zeitalter, diesem 20. Jahrhundert, wo wir alle zu einem kleinen globalen Dorf geworden sind, wo man durch das Fernsehen alles weiß und alles erfährt, nicht möglich, das ist obsolet.

Obwohl tatsächlich nur acht oder neun Leute von den Friedensverhandlungen wußten, war trotzdem schon klar, daß beide Seiten, Israelis wie Palästinenser, den Rubikon des Friedensprozesses bereits überschritten hatten. Es führt kein Weg zurück, obwohl es noch viele Probleme geben wird, aber die vernünftigen Politiker auf beiden Seiten waren sich in der Tat dessen bewußt, daß die Mehrheit der Israelis und der Palästinenser in den besetzten Gebieten endlich einen konstruktiven Weg einschlagen will - was die Likud-Partei in eine innere Verwirrung stürzt. Mit Hilfe der Arbeiterpartei haben wir es geschafft, einen hundert Jahre alten Konflikt auf einen Friedensweg zu bringen. Schon 1897 traf sich der

erste zionistische Kongreß in Basel und der Journalist Theodor Herzl, ein vollkommen assimilierter Jude - in Ungarn geboren, in Wien aufgewachsen - kam zu der politischen Erkenntnis, daß sich die Gefahr durch den Antizionismus für das jüdische Volk unentwegt vergrößern wird, wenn es keine Heimat der eigenen Wahl besitzt. Herzl gewann diese Einsicht, während er als Journalist den bekannten Dreifuss-Prozeß verfolgte, die Verhandlung um einen jüdischen Major im französischen Militärgenheimdienst, der verleumdet wurde, ein Spion der Deutschen zu sein. Tatsächlich waren die Verleumder die Verräter. Dreifuss wurde verurteilt, kam auf eine Teufelsinsel, die französische Intelligenz empörte sich - und nichts geschah.

Die zionistische Bewegung war eigentlich von Anfang an als Freiheitsbewegung gedacht. Als langjähriger Journalist der Jerusalem Post hatte ich in den letzten Jahren meiner Tätigkeit vor '89 auch einige Kontakte zu Leuten der ehemaligen DDR, aber leider muß man feststellen, daß die ehemalige DDR von allen Sowjetblockstaaten Israel gegenüber am feindlichsten gesinnt war. In den langen Jahren ab 1967 ab dem Ausbruch des Sechstagekriegs, hatten die Sowjetunion und fast alle Ostblockstaaten die diplomatischen Beziehungen zu Israel abgebrochen; trotzdem waren im Laufe all dieser Jahre bis zur Änderung der Verhältnisse durch Gorbatschow ab 1987 immer Kontakte vorhanden, mit der Tschechoslowakei, mit Ungarn, selbst mit dem Kreml. In den Augen der DDR waren wir aber immer der Vorposten des internationalen Imperialismus. Es war für uns sehr schmerzlich und unverständlich, daß gerade der zweite deutsche Staat, der ja auch keine einfache Vergangenheit Israel und dem jüdischen Volk gegenüber hatte, solch eine Einstellung hegte. Um 1985/86, am Ende der DDR-Staatszeit, wurden einige Annäherungsversuche unternommen. Honecker wollte sich Washington nähern, was nur durch den Aufbau von Beziehungen zu Israel möglich war. Die Ablehnung der DDR uns gegenüber drückte sich nicht nur theoretisch aus - man kann nicht von einem „platonischen Haß" sprechen; wir wissen alle, daß viele extreme Terroristen, die heute selbst der Führung der PLO entgegenstehen, von DDR-Fachleuten ausgebildet wurden, zum Teil in Beirut, zum Teil im Südjemen, zum Teil auch in der DDR selbst. Das tat weh. Ich sage das als Jude und als Israeli, der zwar in Wien geboren wurde, aber diese Stadt bereits als Kind mit der ersten jüdischen Gruppe nach Palästina verließ.

Man darf nicht vergessen, daß der Begriff „Palästina" jahrzehntelang ein Synonym für „Zionismus" war. Brauchte man in Berlin 1933 nach der Machtergreifung Hitlers eine Einreisebewilligung nach Palästina, so ging man zum „Palästinaamt", der zionistischen Vertretung. Sie besteht noch heute für die vielen Juden in der Diaspora. Daß die Palästinenser das Symbol des arabischen Nationalismus in unserem Land geworden sind, ist eine Entwicklung vom Anfang der 60er Jahre. Es gab auch eine Vertretung der arabischen Einwohner des englischen Mandatsgebiets, welche sich mit Absicht „Das höhere arabische Komitee" nannte, da damals in den 30er und 40er Jahren die Palästinenser wir waren, die jüdischen Einwohner des Landes. Wieder ein anderer Beweis, wie sich die Dinge ändern können. Einer der wichtigsten und ausschlaggebendsten Punkte im jetzigen Friedensabkommen ist, daß sich nun die überwiegende Mehrheit der arabischen Staaten endlich bereit erklärt hat, Israel, den jüdischen Staat, als einen integralen Teil des Nahen Ostens zu akzeptieren und mit diesem jüdischen Staat durch die Palästinenser eine hoffentlich fruchtbare Koexistenz einzuleiten. Ein Teil dieses Abkommens zwischen Israel und der PLO ist wesentlichen wirtschaftlichen Entwicklungsfragen gewidmet und schon etliche Monate wird ganz intensiv darüber gesprochen, welche gemeinsamen wirtschaftlichen Entwicklungsprojekte geplant werden können. Dennoch besteht im Libanon oder in Jordanien trotz aller Hoffnung und Freude im Hinterkopf die Sorge, daß es bei einer Kooperation zwischen den sowieso besser gestellten Palästinensern und den Israelis zu einer Entwicklung kommen könnte, die die anderen arabischen Staaten in den Schatten stellt.

Trotz der jahrzehntelangen Kämpfe zwischen Israel und den arabischen Palästinensern, sechs Jahre nach Ausbruch der Intifada, was eigentlich „Das Brechen des Jochs" bedeutet, ist eigentlich etwas Produktives eingetreten. Ich kann mich gut erinnern, wie Herr Rabin im Januar '88, als er noch Verteidigungsminister der Großen Koalition war, sechs Wochen nach Ausbruch dieser palästinensischen Proteste erklärte, daß dieser Widerstand das wichtigste Ereignis für die Palästinenser seit 1948, seit dem Unabhängigkeitskrieg, sei. Zum ersten Mal nahmen die Palästinenser ihr eigenes Schicksal in die Hand. Man könnte sagen, daß die Intifada einen ähnlichen Effekt hatte, wie der 73er Jörn Kippur-Krieg für Präsident Sadat, denn ohne diesen ersten Erfolg der Israelis im Oktober '73 wäre Sadat sicher nicht vier Jahre später nach Jerusalem gekommen, um Frieden mit Israel - sogar unter der Regierung des Herrn Begin - zu schließen.

Es stehen sehr wichtige Schritte bevor; und es ist bedauerlich, daß Europa, besonders auch Deutschland, es immer verstanden hat, Israel zu tadeln und zu kritisieren, nicht genug für den Frieden zu tun und die Palästinenser nicht anzuerkennen. Heute, wo es enorme Aussichten auf eine friedliche Lösung gibt, ist Europa sehr zurückhaltend. Ich weiß natürlich, wieviele Belastungen das vereinte Europa trägt, Westeuropa und in erster Linie auch Deutschland, den neuen Bundesländern und Rußland ge-

genüber, aber man muß wissen: das, was uns und den Palästinensern helfen würde, ist wirklich ein ganz kleiner Bruchteil von den Summen, über die heutzutage überall geredet wird.

Wir befinden uns am Ende des Jahrtausends in einem Stadium, wo Israel, das jüdische Volk und auch die Palästinenser endlich zusammenarbeiten können und einen Kompromiß einer neuen Teilung des Landes angestrebt wird, zu dem wir vor sechsundvierzig Jahren schon bereit waren; denn der Beschluß der Vereinten Nationen vom 29. November 1947, den jüdischen Staat zu gründen, war auch der Beschluß, das britische Mandatsgebiet Palästinas in zwei Hälften - einen arabischen und jüdischen Staat - zu teilen. Das wurde leider heftig abgelehnt und bekämpft. Jetzt haben wir eine große Hoffnung auf eine andere und bessere Zukunft.

ARI RATH

ARI RATH, 1925 in Wien geboren und bis 1989 Herausgeber und Chefredakteur der englischsprachigen Tageszeitung Jerusalem Post, ist bekannt durch seine politischen Analysen und Kommentare. ARI RATH gehört der Arbeiterpartei an und war 1977 der erste israelische Journalist, der sich in Verbindung mit dem Auftakt der Friedenskonferenz in Kairo aufhielt:

Erschienen in:

VIA REGIA – *Blätter für internationale kulturelle Kommunikation* Heft I/ 11 Juni 1993,
herausgegeben vom Europäischen Kultur- und Informationszentrum in Thüringen

Weiterverwendung nur nach ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers

Zur Homepage VIA REGIA: <http://www.via-regia.org>